S 50 BA 11/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Niedersachsen-Bremen

Sozialgericht Landessozialgericht Niedersachsen-

Bremen

Sachgebiet Betriebsprüfungen

Abteilung -

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren abhängige Beschäftigung

Ehrenamt Entlohnung

Unterhaltungsverband Verbandsvorsteher

Wasserband

Leitsätze Die Vorsteher von Wasser- und

Bodenverbänden nehmen ihre Tätigkeit

im Rahmen abhängiger und der

Sozialversicherungspflicht unterliegender Beschäftigungsverhältnisse wahr, wenn diese durch ihre Eingliederung in den arbeitsteiligen Arbeitsprozess geprägt wird und das Entgelt sich als Entlohnung für die zu erbringenden Arbeitsleistungen

darstellt.

Normenkette <u>§ 7, 14, 15, 24, 28p SGB IV</u>

§ 96 SGG

§§ 1, 172 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI

§§ 24, 38, 45 SGB X §§ 25, 346 Abs. 3 SGB III

§§ 39, 63 NWG §§ 5, 175 SGB V

1. Instanz

Aktenzeichen S 50 BA 11/19 Datum 02.03.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 BA 17/22 Datum 08.05.2023

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufungen der KlĤgerinnen wird das Urteil des Sozialgerichts Stade vom 2. MĤrz 2022 geĤndert.

Der an die Klägerin zu 2) gerichtete Bescheid der Beklagten vom 27. Februar 2018 in der Fassung des Ã□nderungsbescheides vom 5. Juli 2018 und des Widerspruchsbescheides vom 6. Februar 2019 wird hinsichtlich der Festsetzung von Säumniszuschlägen aufgehoben.

Der an die KlĤgerin zu 1) gerichtete Bescheid vom 4. Mai 2023 in der Fassung der in der mündlichen Verhandlung erfolgten Richtigstellung wird aufgehoben, soweit Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, Umlagen und Säumniszuschläge festgesetzt worden sind.

Im Ã□brigen werden die Klagen abgewiesen und die Berufungen zurückgewiesen.

Die Gerichtskosten des Verfahrens aus beiden Rechtszügen tragen die Klägerin zu 2) zu einem Sechstel und die Beklagte zu fünf Sechstel, die Beklagte trägt ein Viertel der notwendigen auÃ□ergerichtlichen Kosten der Klägerin zu 2) aus beiden Rechtszügen sowie die auÃ□ergerichtlichen Kosten der Klägerin zu 1) aus beiden Rechtszügen in voller Höhe.

Im Ã□brigen sind Kosten nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand

Die KlĤgerinnen wenden sich gegen die auf der Grundlage von Betriebsprļfungen nach <u>§Â 28p SGB IV</u> erlassenen Beitragsnacherhebungsbescheide, mit denen sie zur Entrichtung von SozialversicherungsbeitrĤgen fļr die TĤtigkeit ihrer jeweiligen Verbandsvorsteher herangezogen werden sollen.

Die Klägerinnen sind als Wasser- und Bodenverbände â lund damit nach der Legaldefinition des § 63 NWG als Unterhaltungsverbände â lund fýr die Unterhaltung jeweils von Abschnitten der B., eines Gewässers zweiter Ordnung im Sinne von § 39 NWG, zuständig. Die Klägerin zu 1. bildet den Unterhaltungsverband Mittlere B. und die Klägerin zu 2. den Unterverband Obere B.. Die Klägerinnen werden unter Ziffern 64 und 65 in dem als Anlage 4 in das NWG aufgenommene Verzeichnis der niedersächsischen Unterhaltungsverbände gefýhrt.

Die Satzungen der KlĤgerinnen (vgl. wegen der weiteren Einzelheiten die Abdrucke der im Prýfzeitraum maÃgeblichen Satzungsfassungen auf Bl. 79 ff. der die KlĤgerin zu 1. betreffenden Verwaltungsvorgänge sowie auf Bl. 15. ff. der die Klägerin zu 2. betreffenden Verwaltungsvorgänge) sehen als Organe jeweils einen Vorstand und einen Verbandsausschuss vor. Die Mitglieder des Verbandsausschusses werden von den Verbandsmitgliedern gewählt. Der Verbandsausschuss nimmt insbesondere die Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder vor, er setzt den Haushaltsplan fest (vgl. jeweils § 10 Nr. 5 der Satzungen der Klägerinnen, wobei allerdings jeweils § 19 derselben Satzung die Aufstellung des Haushaltsplans zu den Aufgaben des Vorstandes zählt) und entscheidet insbesondere ýber die Grundsätze der Geschäftspolitik.

Dem Vorstand obliegen alle GeschĤfte, zu denen nicht durch Gesetz oder Satzung der Verbandsausschuss berufen ist (vgl. jeweils § 19 der Satzungen der KIĤgerinnen).

Aus der Mitte der gewĤhlten ordentlichen Vorstandsmitglieder wĤhlt der Verbandsausschuss den Verbandsvorsteher und dessen Stellvertreter. Dem Vorsteher obliegen alle GeschĤfte im Rahmen des Beschlusses des Verbandsausschusses ļber die GrundsĤtze der GeschĤftspolitik (vgl. jeweils § 22 Abs. 1 der Satzungen der KlĤgerinnen; vgl. aber auch die bereits erlĤuterte Aufgabenzuweisung an den Vorstand jeweils unter § 19 derselben Satzung).

Der Verbandsvorsteher ist Dienstvorgesetzter aller Dienstkräfte des Verbandes (vgl. jeweils §Â 22 Abs. 3 der Satzungen der Klägerinnen). Die Vorstandsmitglieder sind â□□ ebenso wie die Ausschussmitglieder â□□ nach der Satzung ehrenamtlich tätig; wobei der Verbandsvorsteher eine â□□jährliche Aufwandsentschädigungâ□□ erhält (vgl. jeweils § 26 der Satzungen der Klägerinnen).

Im Prüfzeitraum 2013 bis 2016 war zum Verbandsvorsteher der Klägerin zu 1. der Beigeladene zu 1. und zum Verbandsvorsteher der Klägerin zu 2. der Beigeladene zu 5. gewählt worden. Die Beigeladenen zu 1. und 5. üben, wie sie in der mündlichen Verhandlung bestätigt haben, auch weiterhin das Amt des Verbandsvorstehers aus.

Die Höhe der jährlichen Aufwandsentschädigungen des Beigeladenen zu 1. belief sich auf 12.000 â \Box ¬ in den Jahren 2013 und 2014 und auf 15.600 â \Box ¬ in den Jahren 2015 und 2016. Bei dem Beigeladenen zu 2. beliefen sich diese Beträge auf 6.391,68 â \Box ¬ in den Jahren 2013 und 2014 sowie auf 12.000 â \Box ¬ in den beiden nachfolgenden Jahren.

Im Prüfzeitraum 2013 bis 2016 war bei der Klägerin zu 1. die Ingenieurin M. mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von drei Stunden und einem monatlichen Arbeitsentgelt von (ausweislich des noch aus Dezember 1999 datierenden Arbeitsvertrages, Bl. 19 f. der die Klägerin zu 1. betreffenden Verwaltungsvorgänge) anfänglich 320 DM beschäftigt. Bei der Klägerin zu 2. waren neben einem geringfügig beschäftigten Ingenieur auch noch dessen

Ehefrau auf der Basis einer entgeltgeringfügigen Beschäftigung als Bürokraft tätig (vgl. Schriftsatz der Klägerin zu 2. vom 31. August 2020).

Ansonsten bedienten sich die Klägerinnen im Prüfzeitraum der geschäftsführenden Tätigkeit des Kreisverbandes, in dem mehrere Verbände sich zusammengeschlossen hatten. Dieser beschäftigte zwei Vollzeitkräfte, eine versicherungspflichtig beschäftigte Teilzeitkraft sowie drei geringfügig Beschäftigte (vgl. etwa Schriftsatz der Klägerin zu 1. vom 28. Juni 2019).

Ausgehend jeweils von abhĤngigen BeschĤftigungsverhĤltnissen zwischen den beigeladenen Verbandsvorstehern und dem betroffenen Verband setzte die Beklagte gegenļber der KlĤgerin zu 1. mit Bescheid vom 27. Februar 2018 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 6. Februar 2019 für den Prüfzeitraum 2013 bis 2016 Beiträge zu allen Zweigen der Sozialversicherung einschlieÃ□lich Umlagen U2 in einer Gesamthöhe von 15.697,92 â□¬ zuzüglich 5.311,50 â□¬ Säumniszuschläge fest.

Bei Ausarbeitung dieses Bescheides unterlief der Beklagten eine Personenverwechselung. Anstelle des am 11. Januar 1952 geborenen Beigeladenen zu 1. wurde in den Anlagen zu dem Bescheid versehentlich die Abfļhrung von Beiträgen für einen am 31. Mai 1940 geborenen Versicherten unter Angabe von dessen Versicherungsnummer angeordnet. Dieser andere 31. Mai 1940 geborene Versicherte weist zufĤlligerweise den gleichen Vor- und Nachnamen wie der Beigeladene zu 1. auf, hat aber mit der KlĤgerin zu 1. nichts zu tun. Diese Personenverwechselung führte zu weiteren Fehlern, weil die Beklagte aufgrund ihres Irrtums fýr den am 31. Mai 1940 geborenen anderen Versicherten gespeicherte Daten in den Bescheid einflie̸en lieÃ∏, welche auf den Beigeladenen zu 1. gar nicht zutreffen. So hat die Beklagte in dem Bescheid als Einzugsstelle die (im vorliegenden Rechtsstreit zu 3. beigeladene) hkk-Krankenkasse aufgefA¼hrt, weil der am 31. Mai 1940 geborene Versicherte dort tatsÄxchlich versichert war; der Beigeladene zu 1. ist hingegen dort nie versichert gewesen und war fortlaufend Mitglied der von der Beigeladenen zu 6. vertretenen Landwirtschaftlichen Krankenkasse. Auch hat die Beklagte bei der Beitragsberechnung unter Heranziehung von Zeiten des Bezuges der Altersrente auf Seiten des am 31. Mai 1940 geborenen Versicherten fýr die davon betroffenen Zeiträume nur die HÃxIfte der ansonsten zu tragenden BeitrÃxge in Anwendung der §Â§ 172 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI, 346 Abs. 3 SGB III in Ansatz gebracht, der deutlich jüngere zu 1. beigeladene Verbandsvorsteher hatte jedoch im Prüfzeitraum noch gar keine Rentenbezugszeiten. Diese Personenverwechselung ist der Beklagte erst kurz vor der mündlichen Verhandlung im Berufungsverfahren aufgefallen.

Gegenüber der Klägerin zu 2. setzte sie mit Bescheid vom 27. Februar 2018 in der Fassung des Teilabhilfebescheides vom 5. Juli 2018 und des Widerspruchsbescheides vom 6. Februar 2019 wiederum für den Prüfzeitraum 2013 bis 2016 Beiträge zur Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung in einer Gesamthöhe von 8.007,36 â☐¬ zuzüglich 2.540 â☐¬ Säumniszuschläge fest. Von der Festsetzung von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung sah diesbezüglich die Beklagte nach MaÃ☐gabe des <u>§ 5 Abs.</u>

<u>5 SGB V</u> im Hinblick auf die von dem Beigeladenen zu 5. ausgeübte hauptberufliche selbständige Tätigkeit als Landwirt ab.

Mit ihren â□□ vom Sozialgericht zur gemeinsamen Entscheidung verbundenen â□□ Klagen vom 8. März 2019 (<u>S 50 BA 11/19</u> und <u>S 52 BA 10/19</u>) haben die Klägerinnen geltend gemacht, dass ihre Vorsteher lediglich Aufwandsentschädigungen für eine ehrenamtliche Mitwirkung bezogen hätten. Dadurch sei keine Versicherungspflicht nach MaÃ□gabe des SGB begründet worden.

Auch aufgrund ihrer vielfĤltigen Vernetzungen seien Verbandsvorsteher regelmĤÄ∏ig in Angelegenheiten des betroffenen Verbandes erste Ansprechpartner fþr die Verbandsmitglieder und andere Beteiligte. Seine â∏Mitwirkungâ∏ an der Aufgabenerledigung erfolge, wenn er sich einen Eindruck verschaffen mÃ⅓sse, um den Ã∏berblick zu behalten und um insbesondere bei verschiedenen Interessen zwischen den Beteiligten zu vermitteln. Entsprechendes gelte, wenn der Vorsteher den Eindruck gewinne, dass seine Anwesenheit als Repräsentant der Klägerin von den Beteiligten erwartet werde. Bei Bedarf gebe er zu erledigende Aufgaben an den Kreisverband weiter.

Alle GeschĤfte im Rahmen der Beschlussfassung des Verbandsausschusses hĤtten nicht dem Vorsteher, sondern dem Vorstand des Verbandes oblegen (vgl. Bl. 50 GA sowie Bl. 61 der Akte <u>S 52 BA 10/19</u>).

Eine Abberufung vor Ablauf der fünfjährigen Wahlperiode sähen die Satzungsbestimmungen nur mit einer Zweidrittelmehrheit und nur aus wichtigem Grund vor.

Es handele sich um eine ehrenamtliche TÃxtigkeit. Die Höhe der EntschÃxdigung sei angesichts insbesondere des Umfanges der â∏reprÃxsentativen, nicht öffentlich zugÃxnglichen TÃxtigkeiten, des damit verbundenen Zeitaufwandes und der damit verbundenen Verantwortungâ∏ angemessen, zumal die Wahrnehmung der Aufgaben eines Verbandsvorstehers mit Einnahmeverlusten im landwirtschaftlichen Hauptberuf verbunden sei.

In der erstinstanzlichen mündlichen Verhandlung hat der Beigeladene zu 5. erläutert, dass der zeitliche Aufwand für die Wahrnehmung der Aufgaben des Verbandsvorstehers im Jahresablauf sehr unterschiedlich sei. Es könne vorkommen, dass in einer Woche mehrere jeweils mehrere Stunden erfordernde Einsätze anfielen; es seien aber auch Zeiträume von mehreren Wochen mit nur einem Anruf bzw. Einsatz zu verzeichnen.

 \tilde{A} ber die konkret zu treffenden Ma \tilde{A} nahmen entscheide in der Praxis regelm \tilde{A} der Kreisverband. Vor diesem Hintergrund bestehe die Aufgabe eines Verbandsvorstehers h \tilde{A} ufig darin, sich \tilde{a} vor Ort \tilde{a} insbesondere bei den betroffenen Eigent \tilde{A} wern um Akzeptanz f \tilde{A} die vom Kreisverband getroffenen Anordnung zu bem \tilde{A} hen.

Mit Urteil vom 2. März 2022, den Klägerinnen zugestellt am 21. März 2022, hat das Sozialgericht die Klagen abgewiesen. Unter BerÃ⅓cksichtigung insbesondere auch der vom BSG im Urteil vom 30. November 1978 (â∏ 12 RK 33/76 â∏, BSGE 47. 201) aufgestellten BewertungsmaÃ∏stäbe habe die Beklagte zutreffend abhängige Beschäftigungsverhältnissen zwischen den Klägerinnen und ihren Verbandsvorstehern angenommen. Die Beigeladenen zu 1. und 5. hätten ihre Tätigkeiten bei objektiver Betrachtung zu Erwerbszwecken ausgeÃ⅓bt, zumal auch der Umfang der finanziellen Zuwendungen gegen eine lediglich ehrenamtliche AmtsausÃ⅓bung spreche. Es werde eine unentgeltliche ehrenamtliche Tätigkeit in der â∏funktionalen Selbstverwaltungâ∏∏ ausgeÃ⅓bt.

Mit ihren am 21. April 2022 eingelegten Berufungen vertiefen die Klägerinnen ihr Vorbringen. Der Zuschnitt des Ehrenamtes der Beigeladenen zu 1. und 5. sei nicht mit einem Ã⅓blichen Ehrenamt zu vergleichen, wie dies etwa bei gemeinnÃ⅓tzigen Vereinen wie namentlich bei Sportvereinen Ã⅓blich sei. Mit ihrer Tätigkeit seien persönliche und wirtschaftliche Risiken verbunden; eine (bei der AusÃ⅓bung von Straftaten im Rahmen der AmtsfÃ⅓hrung) drohende Strafbarkeit sei als Belastung zu berÃ⅓cksichtigen. Auch während ihrer â∏eigentlichen Erwerbstätigkeitâ∏ werde der Beigeladene zu 5. mental in Anspruch genommen, weil er â∏in Gedankenâ∏ bei der Klägerin zu 2. sei.

Erst nachdem von Seiten des Senats die Frage aufgeworfen worden war, ob nicht auch beim Beigeladenen zu 1. eine selbstĤndige hauptberufliche landwirtschaftliche TĤtigkeit im Prýfzeitraum vorgelegen habe, aufgrund derer auch unter der Annahme eines abhĤngigen BeschĤftigungsverhĤltnisses im VerhĤltnis zur KlĤgerin zu 1. eine daran anknüpfende Krankenversicherungspflicht nach § 5 Abs. 5 SGB V ausgeschlossen sei, ist der Beklagte die erlĤuterte Verwechselung des Beigeladenen zu 1. mit einem anderen bereits am 31. Mai 1940 geborenen Versicherten gleichen Namens in dem ursprþnglich erlassenen Bescheid aufgefallen.

Zur Korrektur der Personenverwechselung und ausgehend von dem Fehlen einer hauptberuflichen selbstĤndigen landwirtschaftlichen TĤtigkeit des Beigeladenen zu 1. im Prļfzeitraum hat die Beklagte gegenļber der KlĤgerin zu 1. (ohne deren vorherige erneute AnhĶrung) mit Datum vom 4. Mai 2023 einen neuen

Bescheid erlassen, der (wie von Seiten der Beklagten auch ausdrücklich in der mündlichen Verhandlung klargestellt worden ist) an die Stelle des zuvor zur Ã∏berprüfung gestellten an die Klägerin zu 1. gerichteten Bescheides vom 27. Februar 2018 (in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 6. Februar 2019) getreten ist.

Bei Erlass dieses Bescheides hat sich die Beklagte von der Rechtsauffassung leiten lassen, dass ungeachtet der langjĤhrigen Mitgliedschaft des Beigeladenen zu 1. bei der Landwirtschaftlichen Krankenkasse, welche insbesondere auch im Prüfzeitraum bestand, dieser keine â∏letzte Kasseâ∏ im Sinne der Vorgaben des Beschlusses des GKV-Spitzenverbandes vom 2./3. November 2010 (vorgelegt an die mit Schriftsatz vom 5. Mai 2023 beigefügten Anlagen) gehabt habe, so dass anknüpfend an die gesetzlichen Vorgaben des § 175 Abs. 3 Satz 3 SGB V und den angesprochenen Beschluss des GKV-Spitzenverbandes die zuständige Krankenkasse des Beigeladenen zu 1) im streitbetroffenen Zeitraum ausgehend von den letzten beiden Ziffern der Betriebsnummer der Klägerin zu ermitteln sei, wobei sich nach diesen Vorgaben die Zuständigkeit der im Bescheid vom 4. Mai 2023 ausgewiesenen DAK als Einzugsstelle ergebe.

Von dieser Rechtsauffassung ist die Beklagte in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat wieder abgerückt. Sie ist nunmehr â∏ in Ã∏bereinstimmung mit der Einschätzung der die Landwirtschaftliche Krankenkasse vertretenden Beigeladenen zu 6. â∏ der Auffassung, dass es fþr die zurþckliegenden Zeiträume und insbesondere auch für den Prüfzeitraum bei der Zuständigkeit der Landwirtschaftlichen Krankenkasse verbleibe. Dementsprechend hat die Beklagte den an die Klägerin zu 1. gerichteten neuen Bescheid vom 4. Mai 2023 in der mÃ⅓ndlichen Verhandlung dahingehend berichtigt, dass die Landwirtschaftliche Krankenkasse die zuständige Einzugsstelle fÃ⅓r die festgesetzten Beitragsnachforderungen ist.

Mit diesem neuen gegenüber der Klägerin zu 1. erlassenen Bescheid vom 4. Mai 2023 hat die Beklagte zugleich die (durch die angesprochene Personenverwechslung bedingten) Festsetzungen in dem Ausgangsbescheid dahingehend berichtigt, dass mangels Rentenbezugszeiten des Beigeladenen zu 1. im Prüfzeitraum kein Raum für eine Heranziehung zu nur häſftigen Beiträgen in Anwendung der §Â§ 172 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI, 346 Abs. 3 SGB III verbleibt. Auf dieser Basis erhöhte sich der Gesamtbetrag der von Seiten der Klägerin nachzuentrichtenden Beträge auf 29.557,30 â☐¬ (einschlieÃ☐lich 7.460,50 â☐¬ Säumniszuschläge; vgl. wegen der Einzelheiten den Bescheid der Beklagten vom 4. Mai 2023, Bl. 420 ff. GA).

Die Klägerin zu 1. vertritt weiterhin (ebenso wie auch die Klägerin zu 2.) in erster Linie die Auffassung, dass die Tätigkeit des Verbandsvorstehers ehrenamtlich ausgeübt werde, so dass schon im Ausgangspunkt kein Raum fþr die Annahme einer abhängigen Beschäftigung und einer daran anknþpfenden Versicherungspflicht bestehe.

Soweit dieser Ausgangspunkt anders zu beurteilen sein sollte, müsse zu ihren

Gunsten (wie dies auch die Beklagte im Verhältnis zum Beigeladenen zu 5. als Verbandsvorsteher der Klägerin zu 2. bereits anerkannt habe) jedenfalls das Fehlen einer Versicherungspflicht aufgrund einer Beschäftigung nach MaÃ□gabe des § 5 Abs. 5 SGB V berücksichtigt werden. Im streitbetroffenen Prüfzeitraum sei ihr Verbandsvorsteher, der Beigeladene zu 1., hauptberuflich als Landwirt selbständig gewesen.

Den landwirtschaftlichen Betrieb habe der Beigeladene zu 1. zusammen mit seinem als Betriebsnachfolger vorgesehenen Sohn im Prüfzeitraum in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) geführt. Es habe sich um groÃ□en und arbeitsaufwändigen Betrieb mit über 100 ha landwirtschaftliche Fläche und einem Rindviehbestand von 180 Tieren gehandelt. In dem Betrieb seien im PrÃ⅓fzeitraum zwei Ausbildende beschäftigt worden, von denen einer nach der Lehre als Arbeitnehmer Ã⅓bernommen worden sei.

Die vom Beigeladenen zu 1. persĶnlich für den Betrieb aufgewandte Arbeitszeit habe sich im Prüfzeitraum auf wöchentlich 40 Stunden belaufen. Unter Berücksichtigung der ohnehin für die Zukunft vorgesehenen Ã \Box bergabe des Betriebes auf den Sohn und der unterschiedlichen VermÃ \P gensverhÃ \blacksquare ltnisse habe er sich im Gesellschaftsvertrag vom 17. Juni 2012 (Bl. 411 ff. GA) mit seinem Sohn darauf verstÃ \blacksquare ndigt, dass er ungeachtet seiner zeitintensiven Mitarbeit von den Gewinnen des landwirtschaftlichen Betriebes lediglich einen Anteil (im Vertrag aus \blacksquare \blacksquare VorabvergÃ \blacksquare 4tung \blacksquare \blacksquare 0 ausgewiesen) von monatlich pauschal 500 \blacksquare \blacksquare 1 erhalte, der restliche Gewinn flie \blacksquare 1 en seinen Sohn.

Die KlĤgerin zu 1. hat in der mündlichen Verhandlung klargestellt, dass ein in Betracht kommender Anhörungsfehler aufgrund der mit einer Verböserung verbundenen Neubescheidung vom 4. Mai 2023 von ihrer Seite nicht gerügt werden soll. Auch ihr sei klar, dass mangels Rentenbezugszeiten auf Seiten des zu 1. beigeladenen Verbandsvorstehers im Prüfzeitraum kein Raum dafür verbleibe, nur den für Altersrentenbezieher vorgesehenen hälftigen Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung heranzuziehen.

Â

Die KlAzgerin zu 1) beantragt,

unter Abänderung des Urteils des Sozialgerichts vom 2. März 2022 den an die Klägerin zu 1) gerichteten Ã∏nderungsbescheid vom 4. Mai 2023 in der Fassung der im Verhandlungstermin erfolgten Richtigstellung aufzuheben,

Die Klägerin zu 2) beantragt,

unter Abänderung des Urteils des Sozialgerichts vom 2. März 2022 den an die Klägerin zu 2) gerichteten Bescheid der Beklagten vom 27. Februar 2018 in der Fassung des Teilabhilfebescheides vom 5. Juli 2018 sowie des Widerspruchsbescheides vom 6. Februar 2019 aufzuheben.

Â

Die Beklagte beantragt,

A die Berufungen zurückzuweisen.

Â

Die Beigeladenen stellen keine AntrĤge.

Â

Auf Aufforderung des Senates haben die Beigeladenen zu 1. und 5. ihre AmtsgeschĤfte beispielhaft im vierten Quartal 2022 aufgezeichnet. Auf die entsprechenden Darlegungen des Beigeladenen zu 5. (Bl. 239 ff. GA) und des Beigeladenen zu 1. (Bl. 243 ff., 252 ff. GA) wird wegen der Einzelheiten Bezug genommen.

So hat bezogen auf den Monat November 2022 der Beigeladene zu 5. insgesamt knapp 30 Arbeitsstunden im Rahmen seiner Tätigkeit als Verbandsvorsteher aufgelistet, und zwar u.a. für die Tätigkeiten in der Geschäftsstelle des Verbandes, für Kontrollfahrten zu Unterhaltsarbeiten, zu einer Baustelleneinweisung sowie zur â∏Abnahmeâ∏ einer RenaturierungsmaÃ∏nahme (vgl. im Einzelnen Bl. 240 GA).

Ebenfalls bezogen auf den Monat November 2022 hat der Beigeladene zu 1. insgesamt rund 60 Arbeitsstunden aufgelistet, darunter 13 Stunden fÃ $\frac{1}{4}$ r die Teilnahme an einer Fortbildung beim â $\frac{1}{2}$ N.â $\frac{1}{2}$, fÃ $\frac{1}{4}$ r GewÃ $\frac{1}{4}$ sserschauen und Begehungen, fÃ $\frac{1}{4}$ r die Einweisung eines mit der Entnahme von Sand beauftragten Unternehmers und fÃ $\frac{1}{4}$ r BÃ $\frac{1}{4}$ roarbeiten (vgl. im Einzelnen insbesondere Bl. 253, 253 R, 361 ff. GA).

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und auf den Inhalt der beigezogenen VerwaltungsvorgĤnge der Beklagten Bezug genommen.

Â

Entscheidungsgründe

Die zulÄxssigen Berufungen haben nur teilweise Erfolg.

1. Im Verhältnis zur Klägerin zu 1. ist der nach § 96 SGG in das Berufungsverfahren einbezogene neue Bescheid vom 4. Mai 2023 in der Fassung der in der mündlichen Verhandlung hinsichtlich der zuständigen Einzugsstelle erfolgten Berichtigung der Prüfung zugrunde zu legen. Die vorausgegangenen an die Klägerin zu 1. gerichteten Bescheide hat die Beklagte mit diesem neuen Bescheid aufgehoben. Im Verhältnis zur Klägerin zu 2. ist weiterhin der an sie

gerichtete Bescheid vom 27. Februar 2018 in der Fassung des Ã□nderungsbescheides vom 5. Juli 2018 und des Widerspruchsbescheides vom 6. Februar 2019 maÃ□geblich.

2. Auch nach dem Ergebnis des Berufungsverfahrens ist davon auszugehen, dass die Beigeladenen zu 1. und 5. im Prüfzeitraum 2013 bis 2016 ihre Tätigkeit als Verbandsvorsteher jeweils im Rahmen einer abhängigen und â□□ vorbehaltlich der in § 5 Abs. 5 SGB V normierten Ausnahme für Versicherte mit einer hauptberuflichen selbständigen Tätigkeit in Bezug auf die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und daran anknüpfend in der Pflegeversicherung â□□ der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Sozialversicherung unterliegenden Beschäftigung wahrgenommen hat. Auf dieser Basis hat die Beklagte die Höhe der von den Klägerinnen nachzuentrichtenden Beiträge zur Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung zutreffend ermittelt.

Soweit die Beklagte über die Versicherungspflicht in der Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung hinaus hinsichtlich des Beigeladenen zu 1. auch eine Beitragspflicht zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung angenommen hat, vermag ihr der Senat angesichts seiner hauptberuflichen selbständigen Tätigkeit als Landwirt allerdings nicht zu folgen. Aufgrund ihrer greift die Ausschlussvorschrift des § 5 Abs. 5 Satz 1 SGB V ein, deren Voraussetzungen im Verhältnis zum Beigeladenen zu 5. ohnehin auch bereits die Beklagte im Ã□nderungsbescheid vom 5. Juli 2018 angenommen hat.

Die Festsetzung von Säumniszuschlägen zulasten der Klägerinnen erweist sich angesichts des Fehlens des dafür erforderlichen Beitragshinterziehungsvorsatzes als rechtswidrig.

In Ergänzung zu den â con soweit die Entscheidungen zu bestätigen sind: zutreffenden â con Ausführungen in den zur à berprüfung gestellten Bescheiden und im angefochtenen erstinstanzlichen Urteil weist der Senat auf Folgendes hin:

Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschĤftigt sind, unterliegen in der Rentenund Arbeitslosenversicherung (vgl <u>§ 1 Satz 1 Nr 1 SGB VI</u> und <u>§ 25 Abs 1 Satz 1 SGB III</u>) der Versicherungspflicht (und Beitragspflicht).

Â

Beschā¤ftigung ist gemā¤ā∏ <u>§ā 7 Abs. 1 SGB IV</u> die nichtselbststā¤ndige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhā¤ltnis (Satzā 1). Anhaltspunkte fã½r eine Beschā¤ftigung sind eine Tā¤tigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers (Satzā 2). Nach der stā¤ndigen Rechtsprechung des BSG setzt eine abhā¤ngige Beschā¤ftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persā¶nlich abhā¤ngig ist. Bei einer Beschā¤ftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der Beschā¤ftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausfā¼hrung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann â∏ vornehmlich bei Diensten hā¶herer Art â∏

eingeschrĤnkt und zur â∏funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ∏ verfeinert sein. Demgegenüber ist eine selbstständige Tätigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen Betriebsstätte, die Verfügungsmöglichkeit über die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete Tätigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet (vgl. dazu und zum Folgenden insbesondere BSG, Urteil vom 27. April 2021 â∏∏ B 12 R 8/20 R â∏∏, SozR 4-2400 §Â 7 Nr 56, Rn. 14 ff).

Weisungsgebundenheit und Eingliederung in den Betrieb stehen weder in einem RangverhÃxltnis zueinander noch müssen sie stets kumulativ vorliegen. Eine Eingliederung geht nicht zwingend mit einem umfassenden Weisungsrecht einher. Die in §Â 7 Abs. 1 Satz 2 SGB IV genannten Merkmale sind schon nach dem Wortlaut der Vorschrift nur â∏Anhaltspunkteâ∏∏ für eine persönliche Abhängigkeit, also im Regelfall typische Merkmale einer Beschäftigung und keine abschlieÃ⊓enden Bewertungskriterien (vgl hierzu und zur Abgrenzung zu §Â 611a BGB näher BSG, Urteil vom 4.6.2019 â□□ B 12 R 11/18 R â□□ BSGE 128, 191 = SozR 4-2400 §Â 7 Nr 42, RdNr 29 f). Ob jemand beschäftigt oder selbstständig tÃxtig ist, richtet sich danach, welche UmstÃxnde das Gesamtbild der Arbeitsleistung prĤgen und hĤngt davon ab, welche Merkmale überwiegen. Die Zuordnung einer TÄxtigkeit nach deren Gesamtbild zum rechtlichen Typus der BeschĤftigung oder selbststĤndigen TĤtigkeit setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Indizien in Betracht kommenden UmstÄxnde festgestellt, in ihrer Tragweite zutreffend erkannt und gewichtet, in die Gesamtschau mit diesem Gewicht eingestellt und nachvollziehbar, dh den Gesetzen der Logik entsprechend und widerspruchsfrei, gegeneinander abgewogen werden. Dabei ist regelmäÃ∏ig vom Inhalt des die Beteiligten verbindenden RechtsverhÄxltnisses auszugehen, den die Verwaltung und die Gerichte konkret festzustellen haben. Allerdings bedarf es nicht notwendig schriftlicher Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und BeschĤftigtem, vielmehr kann sich die abhĤngige BeschĤftigung auch aus den das RechtsverhĤltnis zwischen den Beteiligten regelnden Normen und VertrĤgen ergeben (vgl BSG, Urteil vom 23.2.2021 â∏ B 12 R 15/19 R â∏ SozR 4-2400 §Â 7 Nr 54, BSGE 131, 266).

Diese Abgrenzungsma $\tilde{A} \equiv st\tilde{A} \approx be$ gelten grunds $\tilde{A} \approx tz$ lich auch f $\tilde{A} \approx tz$ lich auch einer juristischen Person verbunden sind (BSG, Urteil vom 23.2.2021 $\hat{A} \approx tz$ lich tzlich auch zur Ver $\tilde{A} \approx tz$ lich als Organ oder Organteil einer juristischen Person des $\tilde{A} \approx tz$ lich auch zur Ver $\tilde{A} \approx tz$ lich a

Ausgehend von diesen GrundsÄxtzen hat das BSG in Bezug auf WahlÄxmter wie das eines Bürgermeisters einschrÄxnkend festgehalten, dass damit verbundene ReprÄxsentationsaufgaben wie zB die TÃxtigkeit als Vorsitzender des Gemeinderats oder Stadtoberhaupt typischerweise nur dem Amtsinhaber obliegen und für Dritte nicht frei zugÃxnglich sind. Dasselbe gilt für zu deren Ausübung erforderliche VerwaltungstÃxtigkeiten wie zB die Einberufung von Sitzungen, Erstellung des Haushaltsplans (vgl BSG aaO RdNr 27) oder Ausfertigung von Beschlüssen. In

diesen Tätigkeiten sind die Amtsinhaber nur dem Wähler verantwortlich und als solche nicht weisungsgebunden und nicht eingegliedert (BSG, Urteil vom 27. April 2021Â â \square B 12 R 8/20 RÂ â \square , SozR 4-2400 §Â 7 Nr 56, SozR 4-4300 §Â 27 Nr 9, Rn. 17).

Der Senat kann offen lassen, ob im Sinne der vorstehend erlĤuterten hĶchstrichterlichen Rechtsprechung die beigeladenen Verbandsvorsteher ļberhaupt â∏WahlĤmterâ∏ ausüben und sog. Repräsentationsaufgaben wahrzunehmen haben. Jedenfalls wird ihr Amt nicht von Tätigkeiten geprägt, in denen sie weder weisungsgebunden noch in die Arbeitsorganisation des Verbandes eingegliedert sind.

Vielmehr wird die Tätigkeit der beigeladenen Verbandsvorsteher durch ihre Eingliederung in die Arbeitsorganisation des jeweiligen Unterhaltungsverbandes als Weisungsgeber im Sinne von §Â 7 Abs. 1 Satz 2 SGB IV im Sinne einer arbeitsteiligen Mitwirkung bestimmt. Die klagenden Verbände hatten ihrerseits im Prù¼fzeitraum abhängig â∏ wenngleich nur geringfù¼gig â∏ beschäfigte Mitarbeiter, bezù¼glich derer die beigeladenen Verbandsvorsteher nach den jeweiligen satzungsrechtlichen Vorgaben weisungsbefugt waren. Vor allem war die Arbeitsorganisation der klagenden Verbände auch maÃ∏geblich dadurch geprägt, dass wesentliche Teile der Aufgabenerfù¼llung auf den Kreisverband und damit insbesondere auch auf dessen hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausgelagert waren.

Hieran anknüpfend hat der Beigeladene zu 5. in der erstinstanzlichen mþndlichen Verhandlung anschaulich erläutert, dass die Aufgabe eines Verbandsvorstehers häufig darin bestehe, sich â∏vor Ortâ∏ insbesondere bei den betroffenen Eigentümern um Akzeptanz fþr die vom Kreisverband getroffenen Anordnung zu bemühen. In diesem Sinne tragen auch die Klägerinnen im vorliegenden Berufungsverfahren vor, dass ihre zu 1. und 5. beigeladenen Verbandsvorsteher insbesondere die Aufgabe hätten, Ansprechpartner für die Beteiligten zu sein, sich um diese zu â∏kümmernâ∏ und dabei erforderlichenfalls vermittelnd tätig zu werden. Damit wird die arbeitsteilige Einbindung in den Arbeitsprozess des jeweiligen Verbandes im Ergebnis bestätigt (und nicht etwa â∏ wie dies wohl den Klägerinnen vorschwebt â∏ widerlegt). Gerade das Werben um Akzeptanz bei den Betroffenen verfolgt maÃ∏geblich das Ziel, eine schnelle und einfache Umsetzung der arbeitsteilig ausgearbeiteten GewässerunterhaltsmaÃ∏nahmen sicherzustellen.

Auch wenn die Bindung der beigeladenen Verbandsvorsteher an die Beschlļsse

3. Schlieà lich spricht auch die regelmà xà lige Zahlung fester Betrà xge fà 4r die Zuordnung der Tà xtigkeit als Verbandsvorsteher zum rechtlichen Typus der Beschà xftigung. Kennzeichnend fà 4r die persà nliche Abhà xngigkeit Beschà xftigter ist, dass sie ihre Arbeitsleistung auf der Grundlage eines Rechtsverhà xltnisses erbringen, um als Gegenleistung dafà 4r eine Entlohnung zu erhalten, sodass die Arbeitsleistung bei objektiver Betrachtung zu Erwerbszwecken erbracht wird (BSG, Urteil vom 16.8.2017 â B 12 KR 14/16 R â B BSGE 124, 37 = SozR 4-2500 §Â 7 Nr 31, RdNr 17). Eine sozialversicherungsfreie ehrenamtliche Tà xtigkeit erhà xlt demgegenà 4ber ihr Geprà xge durch ihre ideellen Zwecke und Unentgeltlichkeit (BSG, Urteil vom 27. April 2021 â B 12 R 8/20 R â la, SozR 4-2400 §Â 7 Nr 56, SozR 4-4300 §Â 27 Nr 9, Rn. 29).

Die ErwerbsmĤÄ□igkeit beurteilt sich bei der Bewertung der konkreten TĤtigkeit nicht aus der subjektiven Sicht des Einzelnen; das ehrenamtliche Engagement ist objektiv abzugrenzen (vgl. hierzu und im Folgenden: BSG, Urteil v. 27.04.2021, Az: B 12 KR 25/19 R, BSGE 132, 97, Rn. 29 mwN). Dazu ist zu klĤren, was vom ehrenamtlich TĤtigen im konkreten Fall normativ oder mangels rechtlicher Regelung nach allgemeiner Verkehrsanschauung ohne Entlohnung seiner Arbeitskraft erwartet werden kann. Die Verrichtung von TĤtigkeiten zur Verfolgung eines ideellen Zwecks ohne Erwerbsabsicht muss objektiv erkennbar vorliegen; die gewĤhrte AufwandsentschĤdigung darf sich nicht als verdeckte Entlohnung einer Erwerbsarbeit darstellen (BSG, Urteil vom 16.8.2017 â□□ B 12 KR 14/16 R â□□ BSGE 124, 37 = SozR 4-2400 §Â 7 Nr 31, RdNr 34).

In diesem Zusammenhang sieht das Bundessozialgericht angesichts der gebotenen Einzelfallbetrachtung keine Möglichkeit, eine fþr alle Tätigkeiten gleicherma̸en geltende Grenze der Unentgeltlichkeit vorzugeben. Die Bestimmung einer festen Grenze der sozialversicherungsrechtlichen Schutzbedürftigkeit auch des nach Normen auÃ∏erhalb des Sozialversicherungsrechts ehrenamtlich TÄxtigen ist Sache des Gesetzgebers. Ohne eine solche gesetzlich vorgegebene Grenze bedarf es unter Einbeziehung des mit der AufwandsentschĤdigung berļcksichtigten Aufwands, der mit der TĤtigkeit gegebenenfalls verbundenen Kosten und eines Vergleichs mit normativen Pauschalen für ehrenamtliche TÃxtigkeiten in anderen Bereichen, auch auà erhalb des Sozialversicherungsrechts, einer Gesamtwà ¼rdigung der im Einzelfall festzustellenden UmstÄxnde. Auf deren Grundlage kann eine Evidenzkontrolle Aufschluss dar A¹/₄ber geben, ob noch eine ehrenamtliche EntschĤdigung zum Ausgleich von Beschwernissen und EinbuÄ∏en angenommen werden kann oder eine solche offensichtlich überschritten ist und damit eine verdeckte Entlohnung vorliegt (vgl.: BSG, Urteil v. 23.02.2021, Az: B 12 R 15/19 R, aaO, Rn. 35, vgl. zum Vorstehenden auch Senatsurteil vom 7. September 2022Â â∏∏ <u>L 2 BA 6/22</u>Â â∏∏, Rn. 25, juris).

Im vorliegenden Fall spricht bereits die HA¶he der gewA¤hrten VergA¼tung in Relation zu dem durchaus überschaubaren Zeitaufwand auf Seiten der Verbandsvorsteher dafýr, dass die Grenzen einer noch als unentgeltlich einzustufenden ehrenamtlichen TÄxtigkeit deutlich ļberschritten werden. Davon ist umso mehr auszugehen, als im Rahmen der ma̸geblichen Gesamtbewertung davon auszugehen ist, dass die Verbandsvorsteher im vierten Quartal eines Jahres, auf das bezogen sie auf Aufforderung des Senates ihre Arbeitszeiten konkret aufgezeichnet haben, in deutlich grĶÄ∏erem zeitlichen Umfang als etwa im 2. Quartal zum Einsatz kommen. Die erst auf Aufforderung des Senates im Berufungsverfahren vorgenommenen Aufzeichnungen sind naturgemäÃ∏ erst deutlich nach Ablauf des streitbetroffenen Prüfzeitraums erstellt worden; mangels gewichtiger VerĤnderungen in den wahrgenommenen TĤtigkeiten als Verbandsvorsteher sind diese jedoch auch für den zurückliegenden Prüfzeitraum reprÃxsentativ. Im Ergebnis ist davon auszugehen, dass die Beigeladenen zu 1. und 5. im Prüfzeitraum für die zur Wahrnehmung der Aufgaben des Verbandsvorstehers aufgewandte Arbeitszeit eine Entlohnung in der GröÃ∏enordnung von jedenfalls etwa 20 â∏¬ je Stunde (teilweise auch spürbar mehr) erhalten haben, zumal die herangezogenen Aufzeichnungen in dem in Relation zu den anderen Quartalen ýberdurchschnittlich arbeitsintensiven vierten Quartal vorgenommen wurden.

4. Zutreffend macht die Klägerin zu 1. allerdings geltend, dass ihr Verbandsvorsteher, d.h. der Beigeladene zu 1., im Prüfzeitraum hauptberuflich einer selbständigen Tätigkeit als Landwirt in Form eines Gesellschafters der mit seinem Sohn bestehenden den landwirtschaftlichen Betrieb führenden GbR nachgegangen ist. Aufgrund ihrer war eine an die Beschäftigung bei der Klägerin anknüpfende Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung nach <u>§ 5 Abs. 5 SGB V</u> ausgeschlossen. Entsprechend den Festsetzungen der Beklagten in dem gegenüber der Klägerin zu 2. auf der Basis einer hauptberuflichen selbständigen Tätigkeit des Beigeladenen zu 5. erlassenen Ã∏nderungsbescheid vom 5. Juli 2018 beschränken sich auch im Verhältnis der Klägerin zu 1. zum Beigeladenen zu 1. die Rechtsfolgen der dargelegten sich aus der Ausübung des Amtes des Verbandsvorstehers ergebenden Ausþbung einer abhängigen Beschäftigung auf die Begrþndung von Beitragspflichten in der gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung.

Fýr die Beurteilung der Hauptberuflichkeit im Sinne von <u>§ 5 Abs. 5 SGB V</u> kommt es nicht allein auf die Höhe der wechselseitigen Einnahmen, sondern zudem â∏ auch â∏ auf den jeweiligen Arbeitszeitaufwand an. Hauptberuflich ist eine selbständige Erwerbstätigkeit dann, wenn sie von der wirtschaftlichen Bedeutung und dem zeitlichen Aufwand her die ýbrigen Erwerbstätigkeiten zusammen deutlich Ã⅓bersteigt und den Mittelpunkt der Erwerbstätigkeit darstellt (<u>BT-Drs. 11/2237, S. 159</u>).

Wann eine selbstständige Tätigkeit iSd <u>§ 5 Abs. 5 SGB V</u> â∏hauptberuflichâ∏ ausgeübt wird, ist weder gesetzlich ausdrücklich bestimmt noch nach dem Wortsinn eindeutig. Jedoch hat das BSG in ständiger Rechtsprechung unter

Bezugnahme auf die Gesetzesmaterialien (Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen , BT-Drucks 11/2237 S 159 zu § 5 Abs. 3 bis 9) Hauptberuflichkeit dann angenommen, wenn die selbstständige Tätigkeit von der wirtschaftlichen Bedeutung und dem zeitlichen Aufwand her die ù¼brigen Erwerbstätigkeiten zusammen deutlich ù¼bersteigt und â \square ohne dass diesem Merkmal eine eigenständige Bedeutung zukäme (BSG SozR 3-5420 § 3 Nr 3) â \square den Mittelpunkt der Erwerbstätigkeit darstellt (zB BSGE 77, 93, 95 = SozR 3-5420 § 3 Nr 1 S 2 f; BSGE 79, 133 = SozR 3-2500 § 240 Nr 27; BSGE 104, 153 = SozR 4-2500 § 240 Nr 12, RdNr 14; vgl. zum Vorstehenden: BSG, Urteil vom 23. Juli 2014 â \square B 12 KR 16/12 R â \square , SozR 4-5420 § 3 Nr 3, SozR 4-2500 § 5 Nr 23, Rn. 15).

Der in den Materialien zum GRG (Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen, aaO) verwendete Begriff der â\[\text{\textiteta}\text{\text{wirtschaftlichen Bedeutungâ}\[\text{\text{\text{\text{\text{ot}}}}} einer Besch\text{\text{\text{\text{\text{\text{\text{ot}}}}}} einer Besch\text{\text{\text{\text{\text{\text{ot}}}}} igung bzw. T\text{\text{\text{\text{\text{\text{ot}}}} keit kn\text{\text{\text{\text{\text{\text{ot}}}}} iglenfalls soweit es um die Abgrenzung von Hauptund Nebent\text{\text{\text{\text{ot}}} keit geht \text{\text{\text{ot}}} erkennbar an den Beitrag zum Lebensunterhalt des Betroffenen an, der aus der jeweiligen Erwerbst\text{\text{\text{\text{\text{ot}}}}} keit erzielt wird. Diesem entspricht das aus der Besch\text{\text{\text{\text{\text{ot}}}} krigung erzielte Arbeitsentgelt bzw. das aus der selbstst\text{\text{\text{\text{a}}} ndigen T\text{\text{\text{\text{\text{ot}}}} keit erzielte Arbeitseinkommen im Sinne der \text{\text{\text{\text{\text{\text{\text{ot}}}}} \text{\text{\text{\text{\text{ot}}}}} \text{\text{\text{\text{\text{ot}}}} \text{\text{\text{\text{ot}}}} \text{\text{\text{\text{ot}}}} \text{\text{\text{\text{\text{ot}}}}} \text{\text{\text{\text{\text{ot}}}}} \text{\text{\text{\text{\text{ot}}}}} \text{\text{\text{\text{\text{\text{\text{\text{ot}}}}}} \text{\text{\text{\text{\text{\text{\text{u}}}}}} \text{\t

Für den Vergleich der jeweils aufgewandten Arbeitszeit für die Beschäftigung bzw. selbstständige Tätigkeit ist dem (landwirtschaftlichen) Unternehmer nicht die Arbeitszeit von im Unternehmen eingesetzten Familienangehörigen, Arbeitskräften oder Lohnunternehmern zuzurechnen (BSG, Urteil vom 23. Juli 2014 â∏ B 12 KR 16/12 R â∏, SozR 4-5420 § 3 Nr. 3, SozR 4-2500 § 5 Nr 23, Rn. 24). MaÃ∏geblich ist vielmehr die persönlich aufgewandte Arbeitszeit.

Fýr den Vergleich des zeitlichen Aufwandes ist die Arbeitszeit fýr die abhängige Beschäftigung dem Zeitaufwand fýr die selbstständige Tätigkeit gegenýberzustellen. Dazu zählt bei einer selbstständigen Tätigkeit neben der originären Betätigung auch der fýr die kaufmännische und organisatorische Führung des Betriebes eingebrachte Zeitaufwand. Zu berücksichtigen ist dabei insbesondere die Zeit, die zur Erledigung der laufenden Buchhaltung, für Behördengänge, Geschäftsbesorgungen und die notwendige Verwaltung, Koordination und Beaufsichtigung der im Betrieb eingesetzten Fremdkräfte sowie der mithelfenden Familienangehörigen eingebracht wird (Werner Gerlach in: Hauck/Noftz SGB V, §â∏∏5 Versicherungspflicht, Rn. 488).

Nach Maà gabe der vorstehend angesprochenen Kriterien ist der Beigeladene zu 1. auch im Prà ¼ fzeitraum hauptberuflich der selbstà ndigen landwirtschaftlichen Tà tigkeit nachgegangen. Auch unabhà ngig von der im Ergebnis aufgrund der Beschà ftigung von Auszubildenden erfà ¼ llten Voraussetzungen fà ¼ r die entsprechende gesetzliche Vermutung gemà ng S babs. 5 Satz 2 SGB V ist in der gebotenen Gesamtschau von einer hauptberuflichen selbstà ndigen landwirtschaftlichen Tà tigkeit auszugehen. Die dafà ¼ von Seiten des

Beigeladenen zu 1. eingesetzte Arbeitszeit von wĶchentlich im Durchschnitt 40 Stunden entsprach schon im Ausgangspunkt einer VollzeittÄxtigkeit und hat den Zeitaufwand für die Wahrnehmung der Aufgabe eines Verbandsvorstehers um ein Mehrfaches überschritten. Bei dieser Ausgangslage kommt dem Umstand, dass der Beigeladene zu 1. unter Berücksichtigung der familiären Verbundenheit, der ohnehin für die Zukunft vorgesehenen Ã∏berganges des Betriebes auf den Sohn und des anderweitigen VermĶgens des KlĤgers, wie es sich auch in seinen Einkünften aus Vermietung und Verpachtung und einer Photovoltaikanlage niederschlug, für seine Person mit seinem Sohn eine nur geringe â∏ bei isolierter wirtschaftlicher Betrachtung den erheblichen zeitlichen Umfang seiner Mitarbeit nicht angemessen zum Ausdruck bringende â∏∏ Gewinnbeteiligung in Höhe lediglich eines monatlichen Pauschbetrages von 500 â∏¬ vereinbart hatte, keine ausschlaggebende Bedeutung zu. Eine entsprechende familiÃxr bedingte RÃ1/4cksichtnahme auf die Interessen des Sohnes und dessen Familie nahm der vollzeitig wahrgenommenen landwirtschaftlichen TÄxtigkeit nicht den sie prĤgenden Charakter des Mittelpunktes der ErwerbstĤtigkeit des Beigeladenen zu 1.

5. Jedenfalls angesichts des Umstandes, dass die Tätigkeit des Beigeladenen zu 1. als Verbandsvorsteher nach den erläuterten Vorgaben des § 5 Abs. 5 Satz 1 SGB V keine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung zu begründen vermochte, bildete die Landwirtschaftliche Krankenkasse, welche seit vielen Jahren die zuständige Krankenkasse für den Beigeladenen zu 1. war, die nach § 28h SGB IV zuständige Einzugsstelle für die aufgrund seiner Tätigkeit als Verbandsvorsteher abzuführenden Beiträge zur Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung. Dieser zutreffenden Auffassung der beigeladenen Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau als Vertreterin der Landwirtschaftlichen Krankenkasse hat sich im Ergebnis auch die Beklagte mit der in der mündlichen Verhandlung vorgenommenen entsprechenden Berichtigung des Bescheides vom 4. Mai 2023 im Sinne der nunmehrigen Ausweisung der Landwirtschaftlichen Krankenkasse als zuständige Einzugsstelle angeschlossen.

6. Hinsichtlich der im Ergebnis zu bestĤtigenden Verpflichtung der KlĤgerinnen zu 1. und 2. zur Abführung von Beiträgen zur Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung für die Tätigkeit ihrer jeweiligen Verbandsvorsteher im Prüfzeitraum lassen die gegenüber der Klägerin zu 1. im Ã□nderungsbescheid vom 4. Mai 2023 und gegenüber der Klägerin zu 2. im Ã□nderungsbescheid vom 5. Juli 2018 festgesetzten Beträge keine Fehler zulasten der Klägerinnen erkennen. Solche werden auch von ihrer Seite nicht gerügt. Wegen der Einzelheiten der Berechnungen verweist der Senat auf die insoweit zutreffenden Gründe der genannten Bescheide.

Insbesondere hat die Beklagte auch in der Sache zutreffend ihren an die Klägerin zu 1. gerichteten Ausgangsbescheid vom 27. Februar 2018 mit dem diesen ersetzenden Ã□nderungsbescheid vom 4. Mai 2023 dahingehend berichtigt, dass für den gesamten Nacherhebungszeitraum die vollen Beiträge zur Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung abzuführen sind.

Soweit die Beklagte im Ausgangsbescheid vom 27. Februar 2018 irrtümlich für Teilzeiträume lediglich die Hälfte der ansonsten zu tragenden Beiträge in Anwendung der §Â§ 172 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI, 346 Abs. 3 SGB III in Ansatz gebracht hatte, beruhte dies auf der angesprochenen Personenverwechselung, aufgrund derer irrtümlich der Versicherungsverlauf einer anderen (im letzten Teil des Prüfzeitraums bereits im Altersrentenbezug stehenden) Person der Beitragsfestsetzung zugrunde gelegt worden war, wohingegen der zu 1. beigeladene Verbandsvorsteher im Prüfzeitraum noch gar keine Altersrentenbezugszeiten hatte. Die mit dieser inhaltlichen Berichtigung verbundene Verböserung zulasten der Klägerin zu 1. findet die erforderliche Rechtsgrundlage mangels eines diesbezüglich schutzwürdigen Vertrauens auf Seiten der Klägerin zu 1. in § 45 Abs. 2 SGB X.

7. Die Festsetzung von Säumniszuschlägen hat die Beklagte darauf gestützt, dass die Klägerinnen die Beitragspflichtigkeit der Tätigkeiten ihrer Verbandsvorsteher fahrlässig verkannt hätten.

Wird eine Beitragsforderung durch Bescheid mit Wirkung f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Vergangenheit festgestellt, ist ein darauf entfallender S \tilde{A} xumniszuschlag nach \hat{A} \$ 24 Abs. 2 SGB IV nicht zu erheben, soweit der Beitragsschuldner glaubhaft macht, dass er unverschuldet keine Kenntnis von der Zahlungspflicht hatte.

Diese Ausnahmeregelung setzt nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung â \square 0 ebenso wie §Â 25 Abs 1 Satz 2 SGB IV â \square 1 voraus, dass dem Arbeitgeber nicht wenigstens bedingter Vorsatz vorzuwerfen ist, wobei im Falle einer juristischen Person des Privatrechts wiederum die Kenntnis zumindest eines Mitglieds des vertretungsberechtigten Organs von der Zahlungspflicht ausreicht (BSG, Urteil vom 12.12.2018 â \square 1 B 12 R 15/18 R â \square 1 BSGE 127, 125 = SozR 4-2400 §Â 24 Nr. 8, RdNr 13 ff; vgl. zum Vorstehenden: BSG, Urteil vom 18. Oktober 2022Â â \square 1 B 12 R 7/20 RÂ â \square 1, Rn. 28, juris).

Einen auch nur bedingten Vorsatz auf Seiten auch nur eines der Verantwortlichen der Klä¤gerinnen vermag der Senat jedoch nicht festzustellen. Auch wenn dies aus den dargelegten Grã¼nden fã¼r die sozialrechtliche Statusbeurteilung nicht ausschlaggebend ist, war nach dem in Jahrzehnten entwickelten Selbstverstã¤ndnis der beteiligten Verbã¤nde und ihrer Vorstã¤nde die Mitwirkung der Beigeladenen zu 1. und 5. durch ihre Wahl zum Verbandsvorsteher geprã¤gt und dem Bereich des Ehrenamtes zuzuordnen. Auch andere Sozialleistungstrã¤ger haben sich dieser Wertung angeschlossen (vgl. etwa den Bescheid der Landwirtschaftlichen Krankenund Pflegekasse an den Beigeladenen zu 1. vom 26. Februar 2018, Bl. 360 GA). Bei dieser Ausgangslage war den Verantwortlichen der Klã¤gerinnen im Prã¼fzeitraum nicht erkennbar, dass sie sich von einer fehlerhaften rechtlichen Einschã¤tzung leiten lieã□en.

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 197a SGG</u> i.V.m. <u>§Â§ 155 Abs. 1</u> und 4 und <u>162 Abs. 3 VwGO</u>. Im VerhĤltnis zwischen der KlĤgerin zu 1. und der Beklagten ist es in der gebotenen Gesamtbewertung angezeigt, die KlĤgerin zu 1. kostenfrei zu stellen. Zwar ist auch die KlĤgerin zu 1. in Teilen unterlegen, ihr gegenĽber

hat der Bescheid der Beklagten jedoch erstmalig in der mýndlichen Verhandlung eine Fassung gefunden, auf deren Grundlage ein entsprechender Teilerfolg der Beklagten in Betracht kam. Auch dies war nur möglich war, weil die Klägerin zu 1. auf die grundsätzlich in Betracht kommende Möglichkeit (vgl. auch $\frac{A}{N}$ 42 Satz 2 SGB X) einer Rýge der unterbliebenen Anhörung nach $\frac{A}{N}$ 24 SGB X im Hinblick auf die mit dem $\frac{A}{N}$ nderungsbescheid vom 4. Mai 2023 vorgenommene Verb $\frac{A}{N}$ serung in der m $\frac{A}{N}$ 4ndlichen Verhandlung verzichtet hat.

In diesem Zusammenhang kann sich die Beklagte auch nicht darauf berufen, dass sie lediglich offenbare Unrichtigkeiten im Verwaltungsakt im Sinne des § 38 SGB X berichtigt habe. Eine den Rahmen des § 38 SGB X wahrende Berichtigung darf schon ihrem Wesen nach keine materiell-rechtliche Ã[nderung des zu berichtigenden Verwaltungsakts bewirken (BeckOGK/Mutschler, Stand: 1.3.2018, SGB X § 38 Rn. 14). Verböserungen und auch Ã[nderungen der Person des Gläubigers hinsichtlich festgesetzter Zahlungen wie im vorliegenden Zusammenhang in Bezug auf die maÃ[gebliche Einzugsstelle verlassen schon im Ausgangspunkt den Rahmen einer Berichtigung â[]]offenbarer Unrichtigkeitenâ[]] im Sinne des § 38 SGBÂ X.

Gründe, die Revision zuzulassen (<u>§ 160 Abs. 2 SGG</u>), sind nicht gegeben.

Erstellt am: 11.08.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024